

„Einen Gottesstaat am Nil wird es nicht geben“

Krieg mit Israel, islamistischer Terror, demokratischer Flächenbrand im Nahen Osten? Angesichts der Massendemonstrationen in Kairo erklärt Stephan Roll, Ägypten-Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik, welche Folgen ein Sturz von Präsident Mubarak wirklich hätte.

von Hannes Vogel



Stephan Roll: "Das Rad kann nicht mehr zurückgedreht werden". Quelle: Pressebild

Handelsblatt: Zwei Millionen Menschen sind in Kairo auf der Straße, das Militär will nicht auf die Demonstranten schießen. Ist das Mubaraks Ende?

Stephan Roll: Es ist definitiv der Anfang vom Ende. Mubaraks Regierungsumbildung ist reine Kosmetik und wird die Bevölkerung nicht beruhigen. Ganz im Gegenteil: Durch das Vorgehen der Sicherheitskräfte ist die Wut noch gewachsen – das hat noch mehr Menschen mobilisiert. Die Altherrenclique um Mubarak wird sich nicht mehr lange halten.

Handelsblatt: Mubarak kettet sein Schicksal an das Militär und macht Geheimdienstchef Suleiman zum Vizepräsidenten. Ketten sich die Generäle auch an ihn?

Roll: Die Clique, die jetzt die politischen Ämter besetzt, steht offenbar sehr loyal zueinander. Ich hätte einem Mann wie Omar Suleiman mehr politischen Realitätssinn zugetraut. Das Problem ist: Je länger die Generäle an der Macht bleiben, desto mehr werden sie von der Bevölkerung als Teil von Mubaraks System gesehen und desto schwerer können Sie sich von ihm lösen.

Handelsblatt: Wollen sie sich denn von der Macht lösen? Suleiman könnte die Proteste nutzen, um den Pharo vom Thron zu stoßen – und dann selbst darauf sitzen bleiben.

Roll: Das ist nicht realistisch. Die Bevölkerung will politische Freiheiten - das könnte auch ein neuer Diktator nicht mehr ignorieren. Das Rad kann nicht mehr zurückgedreht werden. Auch nicht durch Generäle wie Omar Suleiman. Die Ägypter fordern nicht das Ende der Person Mubarak, sondern das Ende des Systems Mubarak. Auch unter Suleiman würden die Proteste ungebremsst weitergehen.

Handelsblatt: Wer regiert dann also nach Mubarak?

Roll: Für die Hauptentscheider an der Macht gibt es keine Exit-Option. Das ist das dringendste Problem - hoffentlich haben das auch westliche Diplomaten begriffen. Das gilt für Mubarak und seine Familie, aber auch die Generäle, die ihm in seinen letzten Tagen die Treue gehalten haben. Man muss diesen Leuten ein Angebot machen, aus dem Konflikt rauszukommen, vielleicht indem sie das Land verlassen. Denn wenn sie in Ägypten bleiben, finden sie sich früher oder später vor Gericht wieder – deswegen werden sie sich mit aller Macht an ihren Stuhl klammern.

Handelsblatt: Trotzdem kursiert im Westen das Horrorszenario einer islamistischen Regierung in Kairo. Übernehmen jetzt die Muslimbrüder die Macht?

Roll: Ich halte das nicht für realistisch. Die Muslimbrüder sind zweifellos eine sehr starke, gut organisierte Oppositionsgruppe in Ägypten. Aber bei freien Wahlen würden sie nicht die absolute Mehrheit bekommen. In den letzten Jahren haben sie sogar an Zulauf verloren. Das sieht man auch bei den Protesten – die eben nicht die Muslimbrüder organisiert haben.



Handelsblatt: An den Muslimbrüdern kommt doch aber keine neue Regierung vorbei. Müsste sie nicht zumindest an der Macht beteiligt werden?

Roll: Die Muslimbrüder können als größte politische Kraft in Ägypten natürlich nicht ignoriert werden. Vor allem nicht dann, wenn man es mit der Demokratie in Ägypten ernst meint.

Handelsblatt: Wofür würden die Muslimbrüder also in einer neuen ägyptischen Regierung stehen?

Roll: Die Muslimbrüder sind in Ägypten islamistisch, aber nicht extremistisch – ein wichtiger Unterschied, der im Westen oft vergessen wird. Ein großer Flügel der Bruderschaft will mit Politik überhaupt nichts zu tun haben. Und selbst die Muslimbrüder, die Islam und Politik verbinden wollen, haben sich in der vergangenen Jahren extrem pragmatisch verhalten. Die Organisation hat schon vor Jahren der Gewalt abgesagt.

Handelsblatt: „Ein Mann, eine Stimme, einmal“ – viele Beobachter fürchten, die Muslimbrüder könnten freie Wahlen nutzen, um Mubaraks Diktatur durch ihre eigene zu ersetzen.

Roll: Nein. Vor allem die Führungskräfte der Muslimbrüder scheinen eher das Modell der türkischen AKP-Partei im Kopf zu haben: Eine religiös rückgebundene Politik. Die Muslimbrüder wollen natürlich eine islamische Politik machen, aber dabei die Bürgerrechte aufrecht erhalten. Einen Gottesstaat am Nil wird es nicht geben.

Handelsblatt: Wird der Volksaufstand in Ägypten dann also die gesamte Nahost-Region demokratischer machen?

Roll: Der Aufstand hat natürlich Auswirkungen auf die gesamte Region. Das hat man ja auch schon an der Revolution in Tunesien gesehen. Wenn in Ägypten wirklich ein Regimewechsel stattfinden sollte, wird das massive Konsequenzen haben: Als größtes arabisches Land hat Ägypten eine Vorbildfunktion für die Region. Ich glaube aber nicht, dass nun alle autoritären arabischen Regime wie Dominosteine umfallen. Da sind die Bedingungen in den einzelnen Ländern doch zu verschieden.

Handelsblatt: Tunesien, Ägypten, Jordanien – der Flächenbrand weitet sich aus. Kommt er auch in Saudi-Arabien an?

Roll: Auch in Saudi-Arabien werden die Proteste Auswirkungen haben. Ich halte es aber für nahezu ausgeschlossen, dass es deswegen in Riad einen Regimewechsel geben wird. Grundsätzlich sind die Monarchien in der arabischen Welt wesentlich stabiler. Auch wenn es in Jordanien Proteste gibt – sie richten sich gegen die Regierung, nicht gegen König Abdullah. Monarchien können sich durch Erbfolge und Religion legitimieren. Deswegen werden dort Regimewechsel wie in Tunesien und wahrscheinlich auch in Ägypten die geringsten Auswirkungen haben.



Handelsblatt: Der Fall Mubaraks doch aber auch so große Auswirkungen: Iran ohne Gegenspieler, Israel ohne Verbündeten?

Roll: Nein. Die Akteure, die jetzt gegen Mubarak anrennen, sind politisch als sehr pragmatisch einzuschätzen – das gilt sowohl für die Sammelbewegung unter El-Baradei wie auch die Muslimbrüder. Natürlich werden sich die Beziehungen Ägyptens zu Israel verschlechtern. Das heißt aber nicht, dass es einen neuen Krieg mit Israel geben wird, wenn in Ägypten eine

neue Regierung die Macht übernimmt.

Handelsblatt: Offenbar hat Israel aber große Angst vor Mubaraks Sturz. Könnte sein Fall den Frieden gefährden?

Roll: Das sehe ich überhaupt nicht. Die politische Agenda aller Oppositionskräfte in Ägypten ist überhaupt nicht außenpolitisch, sondern rein innenpolitisch motiviert. Um ihre innenpolitischen Ziele durchzusetzen, sind sowohl El-Baradei als auch die Muslimbrüder auf Hilfe von außen, vor allem auf Hilfe des Westens angewiesen. Die Ziele der Opposition sind vor allem sozial und wirtschaftlich: Mehr Wirtschaftswachstum, mehr Jobs, mehr Verteilungsgerechtigkeit. Das wird ohne den Westen nicht gehen – deswegen wird man sich außenpolitisch sehr pragmatisch verhalten.

Handelsblatt: Genau daran hapert es doch aber momentan: Lässt der Westen die Protestbewegung nicht im Stich?

Roll: Ja. Das Taktieren der EU ist jedenfalls nicht besonders clever. Denn einen demokratischen Übergang, wie ihn die EU und deutsche Außenpolitiker zu Recht fordern, wird es unter einer Führung der alten Herren um Mubarak nicht geben. Es wäre sinnvoll, den Rücktritt oder die Auflösung dieser Altherrenclique und die Bildung eines runden Tisches zu fordern, an den sich alle politischen Akteure setzen, um über die Zukunft des Landes nachzudenken.

Handelsblatt: Selbst US-Präsident Obama redet offen vom „Übergang“. Warum ist die EU so feige?

Roll: Wir sind zu vorsichtig. Viele hängen noch in alten Mustern fest und haben Angst, den entscheidenden Schritt zu machen. Aber ich denke, er sollte jetzt gemacht werden.

Handelsblatt: Obama hat einen Sondergesandten nach Ägypten geschickt. Werden die USA denn den entscheidenden Schritt gehen, und Mubaraks Rücktritt fordern?

Roll: Für Amerika bedeutet die Situation in Ägypten eine große Herausforderung: Es geht hier um nichts Anderes als ihre außenpolitische Glaubwürdigkeit. Eine neue Regierung in Ägypten würde mit Sicherheit die Unterstützung der USA finden, egal wie sie sich zusammensetzt. Aber die Amerikaner werden sehr vorsichtig sein, den Weg hin zu einer solchen Regierung offen zu unterstützen. Da hält man offensichtlich an den alten Netzwerken fest. Ich bemerke aber, dass die US-Administration hinter den Kulissen vor allem auf das ägyptische Militär Druck macht, nicht gegen Demonstranten vorzugehen. Das ist im Grunde ein klares Bekenntnis gegen Mubarak.